

beständlichen Kriegsgefangenen. In den besetzten Gebieten im Westen sowie in Ost- und Westpreußen solle gegen die Schikanierung der deutschen Einwohner Protest erhoben werden. Er schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens.

Abg. Schiffer (Dem.) erklärt, er wolle sich nicht zu sehr in Parteipolitik einlassen. Das Volk habe diese Auslassungen satt. Seine Partei habe im Wahlkampf die schwerste Einbuße erlitten. Sie habe das Verständnis und sich zur Zurückziehung aus der Regierung entschlossen. Wenn sie sich schließlich doch zum Eintritt in die Regierung schlüssig gemacht habe, so habe sie sich von vaterländischer Pflicht leiten lassen. Das sei auch beim Zentrum der Fall gewesen. Der Sozialdemokratie müsse er aber Vorwürfe machen, wenngleich er andererseits anerkenne, daß sie wenigstens Bewehr bei Fuß داشته. Daß gegen die Deutsch-Nationalen sowohl im Innern Deutschlands wie auch im Ausland ein gewisses Mißtrauen herrsche, sei wohl erklärlich. Das sei auch der Grund, weshalb ein Zusammenarbeiten mit ihnen nicht möglich gewesen sei. Der Redner ging dann zur Besprechung des Regierungsprogramms über und gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß das Kabinett von Dauer sein werde. Unsere auswärtige Politik dürfe nicht unter der inneren leiden. Die Auswahl der richtigen Persönlichkeiten sei die Hauptsache für die auswärtige Politik. Er freue sich, in Herrn von Simons eine solche Persönlichkeit gefunden zu haben. Große Töne würden wir in Spaan nicht anschlagen, aber auch nicht kriechen. Gingen die Forderungen über das Maß des Möglichen hinaus, müßten wir eben sagen. Die Hebung der Industrie und des Handels sei die zweite Forderung. Dazu komme die Aufhebung der Zwangsirtschaft, die allmählich erfolgen müsse. Die Kriegsgesellschaften müßten verschwinden. Er schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens zur Regierung.

Abg. Dr. Heim (U. Bd.) verlangt eine Bilanz der unverfälschten Wahrheit und der Tatsachen für diejenigen, die nach Spaan gehen. Uns lege man nur Vorkosten auf, die uns wirtschaftlich ruinieren. Zur Hebung unserer wirtschaftlichen Lage geschehe nichts, denn schon heute hätten wir nicht genügend Kohlen, um unsere Industrie aufrecht zu erhalten. Deshalb dürfe uns Oberschlesien nicht abgenommen werden. Frankreich verweigere, daß es uns nicht unter Druck halten könne, ohne sich selbst zu drücken. Er glaube, daß eine Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich allein den Widerspruch lösen könne. Der Redner stellt ferner fest, daß die Landwirtschaft an den teuren Obstpreisen nicht schuld sei, sondern der Zwischenhandel. Er warne vor Erhöhung der Getreidepreise. Wir sollten Getreide nicht im Westen, sondern im Osten kaufen, wo die Baluta zu unseren Gunsten laute. Er bitte ferner, das steuerfreie Einkommenminimum zu erhöhen und warne vor der zu großen Zentralisierung, die den ganzen Betrieb unnütz verteuere. Zum Schluß bittet der Redner die Parteien, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden.

Präsident Lohde teilt sodann mit, daß ein Antrag der unabhängigen Abgeordneten und Genossen vorliege, wonach die Regierung nicht das Vertrauen des Reichstags besitzt.

Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag 1 Uhr: Reichstagsnotat, Fortsetzung der Debatte über das Regierungsprogramm.

Donnerstag-Sitzung.

Berlin, 1. Juli. Die Sitzung beginnt um 1 Uhr. Der zur Beratung stehende Notetat wird einstweilen nicht abgefaßt, weil der Haushaltsausschuß die Beratung noch nicht abgeschlossen hat. — Die Punkte 2 bis 5 der Tagesordnung über Beseitigung von Härten bei der Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn usw. werden einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Das Gesetz über ein deutsch-französisches Abkommen über Maß-Verordnungen wird in allen drei Lesungen angenommen. Es folgt die Fortsetzung der Debatte über das Regierungsprogramm.

Müller-Franken (Soz.) polemisiert gegen einzelne Ausführungen des Abg. Heim und des Abg. Schiffer. Daß seine Partei nach 1 1/2-jähriger Regierungstätigkeit bei den Wahlen Verluste erleiden würde, sei von vornherein klar gewesen. Das würde auch den Unabhängigen so ergeben. (Protest bei der U. S. P.) Die Sozialdemokratie sei immer noch die stärkste Partei und sie habe in keinem Lande der Welt einen solchen Rückhalt im Volke wie bei uns. Die Prophezeiungen des Herrn Abg. Heim von einer Weiterentwicklung nach rechts glaube er nicht. Die Tätigkeit der Reichswehr haben auch wir kritisiert, wo es nötig war. So muß auch der Nord an Vaasche geküßt werden. Wenn der Wahlkampf im wesentlichen im Zeichen des Kampfes gegen links geführt wurde, so hätten hieran die Unabhängigen mit ihren Ratschlägen die Schuld. (Stürmische Proteste der Unabhängigen. Großer Lärm.) Der Zwang der Verhältnisse habe Roste gezwungen, die Reichswehr zu schaffen. Redner habe volles Verständnis für das schwere Opfer, das der Reichstagsabgeordnete Fehrenbach dem vaterländischen Interesse gebracht habe. Was Spaan angehe, so sei die Entwaffnungsfrage die Hauptsache. Eine solche Entwaffnung habe eine so schwache Regierung, wie sie bei dem Fortbestand der alten Koalition vorhanden gewesen wäre, nicht durchführen können. Ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei sei angesichts des Wahlkampfes und der dabei aufgetretenen Forderungen dieser Partei in der Auslandspolitik unmöglich. (Schluß folgt.)

265 Milliarden Schulden.

Berlin, 1. Juli. Im Haushaltsausschuß des Reichstags hat bei Beratung des Notetats Finanzminister Dr. Wirth die Gesamtschuld des Reichs auf 265 Milliarden Mark angegeben.

Vorausichtlich werden über den Not-Stat Reichsfinanzminister Dr. Wirth und Reichsernährungsminister Hermes über die Finanz- Wirtschaftslage des Reiches sprechen.

Der Wiederaufbau Frankreichs.

Berlin, 30. Juni. Wie aus München gemeldet wird, hat nach authentischen Berechnungen Deutschland für Frankreich bereits für 8-10 Milliarden Aufbauarbeit geleistet. Dafür haben die Franzosen den Hungertod von 20 Gts. pro Tag den Gefangenen für die Beteiligung an den Wiederaufbauarbeiten wohl versprochen, aber bisher noch nicht gezahlt. Öffentlich machen die deutschen Vertreter in Spaan auf diese Milliardenleistung mit aller Deutlichkeit aufmerksam.

Der polnische Nord an 17 Deutschen.

Berlin, 30. Juni. Wie wir aus Graudenz erfahren, entspricht die feinerzeit gegebene Nachricht von der Erschießung von 17 Deutschen durch die Polen trotz des Dementis des polnischen Oberkommandos den Tatsachen. Am 2. Mai ist in Graudenz eine Proklamation als Blatol angeschlagen worden, die sich gegen die weitere Anwesenheit der polnischen Beamten in der Stadt wandte. Daraufhin wurden 16 Mitglieder der U. S. P. D. und ein Rechtssozialist, meistens Gewerkschaftler verhaftet und nach Thorn überführt, wo sie am 25. Mai erschossen wurden. Das ist nicht nur in ganz Graudenz bekannt, sondern ist auch von polnischen Blättern offen zugegeben worden. Die Polen geben als Grund ihrer Maßnahme an, daß die Verhafteten jene Proklamation veranlaßt hätten. Die Meldung ist so ungeheuerlich, daß man sie, wenn sie nicht so bestimmt gegeben würde, kaum glauben könnte.

Da die Bewohner des abgetretenen Gebiets das Recht haben, für Deutschland zu optieren, die Staatsangehörigkeit der Ermordeten also deutsch gewesen sein könnte, sollte man erwarten, daß die deutsche Regierung Schritte tut, um Sühne der Gewalttat zu erwirken.

Neue Waffenfunde im Industriegebiet.

Berlin, 1. Juli. Die Täg. Rundschau gibt eine Düsseldorf. Briefmeldung wieder, wonach neue Waffenfunde im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gemacht worden sind.

Schwere Unruhen in Lübeck.

Lübeck, 30. Juni. Hier brachen heute schwere Unruhen aus, nachdem die Obst- und Gemüsehändler gezwungen worden waren, ihre Ware zu billigen Preisen abzugeben. Plündernde Mengen durchzogen die Straßen. Sie hatten es namentlich auf Schuhwarengeschäfte abgesehen. Es wurden viele Waren geraubt. Die Sicherheitspolizei schok, worauf die Menge das Feuer erwiderte. Bis jetzt steht fest, daß zwei Sicherheitsbeamte erheblich verwundet worden sind. Auch aus der Menge sollen verschiedene getroffen worden sein. Die Unruhen dauern an.

Die Auslieferung unserer Kriegskstoffe.

Berlin, 1. Juli. Dem B. L. K. wird aus Wilhelmshaven mitgeteilt, daß der Kreuzer Königsberg lt. Friedensvertrag anfangs Juli an Frankreich abzuliefern ist.

Streikende.

Düsseldorf, 1. Juli. Der Streik der städtischen Arbeiter der über 14 Tage dauerte, ist beendet.

Rein Staatspräsident in Sachsen.

Dresden, 1. Juli. Der Verfassungsausschuß der sächsischen Volkstammer lebte einstimmig einen Staatspräsidenten für Sachsen ab und erklärte sich für einen Ministerpräsidenten, der gleichzeitig Respektminister sein soll.

Koburg in Bayern aufgegeben.

Koburg, 1. Juli. Der Freistaat Koburg ist mit seiner Landesversammlung gestern nachmittags in Gegenwart des bayerischen Ministerpräsidenten u. Koad. feierlich aufgelöst und in Bayern aufgegeben.

Die Revolte in Ancona.

Rom, 2. Juli. (Siefani) Wie die Blätter berichten, betrogen die Opfer der Vorgänge in Ancona nach amtlichen Feststellungen 24 Tote, darunter 9 Polizeileute, und 71 Verwundete. Der ehemalige Kriegsminister Albritti trat gestern in Ancona ein, um eine Untersuchung einzuleiten.

Kraffin.

London, 30. Juni. Daily Telegraph meldet, Kraffin habe wider aller Erwartung am Dienstag eine neue Unterredung mit Lloyd George gehabt. Es sei die Möglichkeit der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen ins Auge gefaßt und diskutiert worden. Kraffin habe aber die von der englischen Regierung verlangten Garantien noch nicht geben können.

London, 30. Juni. Die Times berichten, Kraffin hätte nach Beendigung der Besprechung mit Lloyd George einen sehr verärgerten Eindruck gemacht. Es sei kein Fortschritt erzielt worden, da Kraffin keine Garantien geben konnte. Offensichtlich wolle die Moskauer Regierung nur ein Abkommen unterzeichnen lassen, das die Anerkennung der Sowjetregierung in sich schließt.

Paris, 1. Juli. Wie der Londoner Korrespondent des „Temps“ mitteilt, wünscht die Sowjetregierung Kraffin nur als wirtschaftlichen Unterhändler in London zu belassen, jedoch eine Reihe weiterer Persönlichkeiten aus Moskau zu entsenden, um zu politischen Verhandlungen mit der Konferenz zu gelangen.

Die albanische Frage.

Rom, 30. Juni. Die Kammer legte die Beratung über die Budgetmittel fort. Der Sozialist Modiglian forderte die Regierung auf, sich an ihr Versprechen zu halten, und wünschte namentliche Abstimmung über die Tagesordnung Maffi, die den unverzüglichen Rückzug der Truppen aus Albanien verlangt. Modiglian erklärte, er halte es für unnütz, die Erklärungen bezüglich Albanien zu wiederholen. Die Politik der Regierung sei klar. Italien sende keine Truppen nach Albanien und bestche auf der vollen Unabhängigkeit dieses Landes. Die Regierung könne aber die Tagesordnung Maffi nicht annehmen, denn es sei unmöglich, den Truppen der Alliierten telegraphisch den Rückzugsbefehl zu geben, bevor die Verhandlungen zu Ende geführt seien. Die Tagesordnung Maffi wurde verworfen und die sechs provisorischen Budgetmittel bis 31. Dezember 1920 wurden mit 316 gegen 91 Stimmen angenommen.

Der Boykott gegen Ungarn.

Wien, 1. Juli. Die Besprechungen über die Boykottfrage wurden gestern unter dem Vorsitz des Staatskanzlers Dr. Renner abgeschlossen. Der ungarische Gesandte, Graf Czog, erzielte Aufklärungen über diejenigen Punkte, über die er seit der letzten Sitzung Informationen bei der ungarischen Regierung eingeholt hatte. In der anschließenden Diskussion gab Sekretär Zimmer der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen des ungarischen Gesandten bekennen, auf der nahen Linie ihre praktische Verwirklichung finden werde. Er werde über den Verlauf der Verhandlungen dem Büro des Internationalen Gewerkschaftsbunds berichten.

Schwere Niederlage der Bolschewisten.

Kopenhagen, 1. Juli. Nach dem letzten polnischen Berichtsbericht haben die Bolschewisten an der Nordfront nach zweitägigem Kampf bei Czernica eine schwere Niederlage erlitten. Bei Mozy (N) und Kalenkiowice (N) erlitten die Bolschewisten 2000 Soldaten, 15 Maschinengewehre und wichtiges Kriegsmaterial.

Württembergische Politik.

Dr. Schall.

Der neue Wirtschaftsminister Dr. Schall ist 1882 in Reutlingen geboren als Sohn des Vorstandes der Gastau-Bermer-Siedlung. Er studierte Rechtswissenschaft und war längere Zeit im württ. Justiz- und Verwaltungsdienst tätig. Im Jahre 1916 wurde er als Oberamtmann von Vörsheim zum Leiter der württ. Landesgenossenschaft u. Fleischversorgungsstelle berufen. 1918 erhielt er eine Regierungsstellenbezeichnung bei der Ministerialabteilung für den Straßen- u. Wasserbau. 1919 kam er als Berichterstatter ins Arbeitsministerium mit dem Titel und Rang eines Ministerialrats. Zur Bearbeitung wirtschaftlicher Fragen wurde er dann in die Württ. Hilfskommission nach Spaan und später als Referent für wirtschaftliche Fragen zur deutschen Friedensabordnung nach Versailles entsandt. Am 1. Juli v. J. trat er aus dem Staatsdienst aus und übernahm einen Posten im Vorstand der Daimler-Motorenwerke. Dr. Schall gilt als besonders tüchtige Kraft. Er gehört politisch zur deutschen demokratischen Partei. Damit tritt in dieser Regierungsbildung die merkwürdige Erscheinung ein, daß die D. D. P., obwohl sie nur über 14,7 Proz. der Gesamtstimmen aufbrachte, über drei Ministerposten verfügt, darunter auch die Stelle des Staatspräsidenten, während die stärkste Regierungspartei, das Zentrum, mit seinen 24,5 Proz. Wählerstimmen nur zwei Sitze im Kabinett inne hat. Dr. Schall soll indessen lediglich als Fachminister berufen worden sein.

Die Lage.

Heidenheim, 1. Juli. Unter der Arbeiterhaushier läßt sich eine gefährlichste Beruhigung feststellen. Die Polizeiwehr ist noch am Zuge, läßt jedoch in ihrem Aufstreben die größtmögliche Zurückhaltung. Man rechnet damit, daß ein weiteres Ausbrechen der Truppen überflüssig wird und diese bald abziehen können.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 2. Juli 1920

Konzert. Am nächsten Sonntag nachm. 4 1/2 Uhr wird August Palm im Festsaal des Seminars mit Willy Lang und Otto Gilbert aus Tübingen einige seiner Kammermusikwerke spielen (2 Serranaden für Streichorchester und eine Suite für Violine und Cello mit Klavierbegleitung). Willy Lang ist uns von seinem letzten hier. Konzert her in guter Erinnerung; in Otto Gilbert erwarten wir einen eubühnigen Ge-nossen. Daß Palm bei uns als Schaffener und ausübender Künstler Berechnung genießt, ist eine bekannte Sache. Seitdem Palm zum letztenmal hier gewesen ist, ist er in ganz Deutschland und über die deutsche Grenze hinaus bekannt geworden. Möge die Zahl derer immer mehr zunehmen, die erkennen, daß Palm zu den wenigen gehört, die berufen sind, den neuen Aufbau zu leisten.

Die Obstverwertungs-Genossenschaft des Bezirks Ragold hielt am Freitag Peter u. Paul ihre erste Generalversammlung in Eshausen in der „Traube“. Nachdem der Vorstand die Tätigkeiten begrißt, wurde die Jahresrechnung vom Jahr 1918 vorgelesen. Diefelde ergab einen bedeutenden Ueberschuß. Die Verteilung des Jahresgewinns wurde nach dem Vorschlag des Ausschusses angenommen u. dem Referendumsfonds 5000 M., dem Betriebsfonds 3000 M., dem Obstbauverein 5000 M. zugewiesen; jedes Mitglied erhält auf seinen Anteil von 50 M.: 80 M., was die beträchtliche Summe von 8800 M. erfordert. An Steuern und Abgaben wurden 6975,65 M. entrichtet, dem Leiter des Vorstandes, Jul. Raaf, 1500 M. und dem Vorstand, Schulz, Deutler 600 M. und der Rest auf die neue Rechnung überwiesen. Der Verein kann mit diesem Ergebnis sehr wohl zufrieden sein und wird auch diesen Herbst sich bemühen, die Ueberschüsse an Obst zu annehmbaren Preisen zu übernehmen und an coulant Abnehmer zu vermitteln. An die Stelle des verstorbenen + Ausschlußmitglieds Stephan Schaidle Ragold (welcher durch Erheben von den Sigen geest wurde) wurde Herr Stadtpfleger Lenz, und für den weggezogenen Einspächter Rönnecamp-Unterchwandorf, Herr Schulz Rath Eghausen gewählt. Am 4. Novbr. 1918 wurde in Bernsd., dem dortigen Stadtschulz, Weil, das von H. Walz übergebene Obfgeid von etwas über 300 M. aus einem doppelt verschlossenen Kasten im Rathaus gestohlen. Er hatte es nicht gleich unter die Bürger verteilt, da sie für geliefertes Obst noch 1500 M. zu fordern hatten. Er stellte nun die Bitte an die Obstverwertungs-genossenschaft um Ertrag des Verkauften; nach längerer Debatte genehmigte die Generalversammlung die Bitte und beschloß dem H. Stadtschulz den Schaden zu ersetzen. In Anbetracht des guten Ergebnisses des 1. Geschäftsjahres können wir den Beitritt zum Obstbauverein und zur Obstverwertungs-Genossenschaft nur warm empfehlen und möchten jeden Obstgutbesitzer in seinem eigenen Interesse freundlich ersuchen, unserem Verein so rasch als möglich beizutreten.

Die Maul- und Klauenseuche ist nun doch auch in unserm Bezirk eingeschlagen. Ein Transport von 8 Ferkeln aus Rölln a. Rh., der am 25. Juni in Rohrdorf eintraf, erwies sich bei der tierärztl. Untersuchung anscheinend gesund, aber während der vorgeschriebenen 10-tägigen polizeilichen Beobachtung erkrankten die Tiere: 4 verendeten sofort und die anderen wurden vom Besitzer getötet. Ob die Seuche auf dieses Gebiet beschränkt werden kann, ist sehr zweifelhaft, nachdem schon ein Verkehr mit einem Nachbargebiet stattgefunden hat.

Milchpreis. Die Landesversorgungsstelle hat am Montag mit Vertretern der Landwirte aus allen Bezirken des Landes wegen des Milchpreises verhandelt. Uebereinstimmung bestand, daß der von der Regierung festgesetzte Preis über das Mindestmaß hinaus, was zur Deckung der Herstellungskosten notwendig ist, nicht hinausgeht. Diese Tatsache war der Regierung aus einwandfreien Berechnungen schon bei der Festlegung der Preise bekannt, und sie hat bei dieser Festlegung in Vollzug des einstimmig gefaßten

Beschlusses des Landtags vom 8. Mai ds. Js. gehandelt, der sie auffordert, für landwirtschaftliche Erzeugnisse Preise festzusetzen, die den gesteigerten Erzeugungskosten voll Rechnung tragen und einen den gesunkenen Geldwert ausreißend berücksichtigenden angemessenen Verdienst gewährleisten. Die Erzeugung, die durch den neuen Milchpreis in Verbraucherkreisen ausgelöst worden ist, hat in vielen Bezirken und Gemeinden des Landes dazu geführt, im Wege der Vereinbarung zwischen Erzeugern und Verbrauchern die Milchpreise herabzusetzen. Dieser Weg liegt in der Richtung des neuerdings bis weit in Verbraucherkreise hinein vertretene Wunsches, einen Abbau der Inflation durch derartige Vereinbarungen anzubahnen. Ob in der Milchpreistage auf diesem Weg befriedigende Ergebnisse sich erzielen lassen, läßt sich heute noch nicht übersehen. Die Regierung konnte deshalb zu der Frage einer amtlichen Herabsetzung der Milchpreise noch nicht endgültig Stellung nehmen. Die Verhandlungen darüber dauern fort. Es werden noch die Vertreter der Verbraucher gehört werden. Auch sind die Oberamtsvorstände des Landes für einen der nächsten Tage zusammen berufen. Wegen der Verhältnisse in den Bezirken brauchen mußte die auf Anfang der Woche in Aussicht genommene gemeinsame Einberufung der Oberamtsvorstände auf das Ende der Woche verschoben werden. Ueber den Fortgang der Verhandlungen wird die Öffentlichkeit auf dem Lande erhalten werden.

Besserung der Fett- und Eiweißversorgung. Aus einer Besprechung verschiedener Kommissionen des Landes auf der Landesoberamtsstelle erfährt man, daß man trotz des Milchmangels mit einer Besserung in der Versorgung mit Fett rechnen darf. Es sollen größere Mengen Auslandsfett eingeführt werden. Das Pfund kommt etwa auf 15 M. Die Eiweißversorgung werde sich demnächst auch verbessern infolge größerer Einfuhren aus Belgien. Es muß dann auch dafür gesorgt werden, daß die Eier frisch ankommen.

Erbauung. Bei der im Juni stattgefundenen Prüfung vor der Handwerkskammer in Stuttgart hat Georg Birkle, Schneider, die Meisterprüfung bestanden.

Kaffeeplan. Am Sonntag, den 4. Juli findet die Einweihung des Denkmals, das zu Ehren der Gefallenen und Beamteten hier errichtet wurde, verbunden mit Reisespernungsfest statt. Der Ehrwürdigung voran geht ein Gottesdienst mit gleichzeitiger Trauerfeier für die beiden im Jahre 1916 verstorbenen Krieger unserer Gemeinde Fritz Braun und Gottlob Stöckinger.

Die 36. Hauptversammlung des Württ. Schwarzwaldbereichs. Schramberg, 28. Juni. Am Sonntag hatte der Württ. Schwarzwaldbereich seinen Hauptausflug und die Delegierten der Bezirksvereine zur 36. Hauptversammlung hierher geladen, nach der schönen Oberrheinstadt, in der schon dieses, zuletzt im Jahre

1902, der Verein tagte. Der Bezirksverein Schramberg mit seinem Vorsitzenden Kommerzienrat E. Jungbans in Verbindung mit der Stadterhaltung und der Bevölkerung hatten alles aufzuboten, den Gästen einen angenehmen Aufenthalt zu bieten und so auch der Himmel der Tagung seine Gunst schenkte, daß diese wohl zu den schönsten des Schwarzwaldbereichs gezählt werden. Zur Vorfeier fand am Sonntag im Hotel Anna eine Abendunterhaltung statt mit Musik, Gesang, Theater und Tanzaufführungen in verschiedenen Schwarzwaldbetrieben. Der Hauptvereinsvorstand, Professor Dr. Gubrich sprach herzliche Dankesworte. Die Hauptversammlung am Sonntag wurde durch einen Frühspaziergang nach dem Sonnenberg eingeleitet, wo die Stadtmusik und die vereinigte Gesangsvereine musikalische Beiträge boten. Im evange. Versammlungssaal eröffnete Professor Dr. Gubrich die eigentliche Tagung mit einem herzlichen Willkommen! worauf namens der Stadt Stadtschultheiß Ritter die Gäste begrüßte. 32 Bezirksvereine hatten Vertreter entsandt. Zum Gedächtnis der Gefallenen erhob sich die Verlesung von den Ehren. Die Mitgliederzahl des Bereichs ist im ständigen Wachsen, die Zahl 9000 ist bereits erreicht. Das Eintreten des Schwarzwaldbereichs für die Erhaltung des Wildseemoors war von Erfolg begleitet. Die Kaffeeweise einen guten Stand auf, trotz des Abmangels von 10.200 M. Der Voranschlag für 1920 verzeichnet einen Fehlbetrag 21.650 M. infolge der hohen Herstellungskosten der Bezirksvereine. Der Abmangel wird aber durch den Erlös aus Verlagsartikeln gedeckt. Für 1921 läßt sich eine Beitragsverhöhung (Jahresbeitrag 4 M., Feuerungsbeitrag 3 M.) nicht vermeiden. Vom Feuerungsbeitrag erhalten aber die Bezirksvereine 50 %. Die Hauptversammlung für 1921 hat die Schmelzabteilung des Bereichs übernommen. Sie wird auf dem Antriebe stattfinden. Die bisherigen Mitglieder des Ausschusses und Vorstandes wurden wieder gewählt. Für die gefallenen Vereinsmitglieder soll eine Ehrenfeier errichtet werden. Nach weiteren Vereinsangelegenheiten wurden noch Begrüßungsreden von Prof. Dr. Gubrich, Schwarzwaldbereichsleiter, im Hotel Post fand ein gemeinschaftliches Essen statt.

Letzte Nachrichten.

Blätterstimmen zu Wirths Rede.

Berlin, 2. Juli. Die Morgenblätter erkennen die Offenheit an, mit der Reichsfinanzminister Wirth die Lage der deutschen Reichsfinanzen behandelt hat. Jeder Deutsche sagt die „Völkische Zeitung“, sollte sich die Mühe nehmen, sie sorgfältig zu lesen. Das deutsche Volk macht sich von dem, was uns in Spa besorrt, anscheinend noch immer keine rechte Vorstellung. Eine neue Form der Gemeinwirtschaft sei heute gar nicht mehr eine Frage der sozialen oder wirtschaftspolitischen Überzeugung,

sondern einfach eine Fortsetzung der steuerpolitischen Notwendigkeit.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ unterstreicht die aus der Rede des Reichsfinanzministers zu gewinnende Einsicht, daß man endlich in dem deutschen Volk sowohl wie auch in der übrigen Welt lernen müsse, in den ganzen Leistungstragen statt an Geld an Produktion zu denken.

Bohottierung des Kölner Marktes.

Berlin, 2. Juli. Wie dem B. L. N. berichtet wird, soll der Kölner Markt zukünftig bohottiert werden. Man fordert die Bauernschaft auf, ihre Erzeugnisse nach anderen oberrheinischen Orten zu bringen und sich gegen die öffentliche Gewalt aufzulehnen, falls die Staatsanwaltschaft auf den öffentlichen Märkten einschreiten sollte.

Eine feine Schmugglerbande.

Berlin, 2. Juli. Dem B. L. N. zufolge ist es in Duisburg den Behörden gelungen, eine Schmugglerbande zu ermitteln, deren Mitglieder, wie verlautet, den angesehensten Handelskreisen angehören. Zuletzt hatten sie für etwa 1 1/2 Millionen Mark hochprozentigen Spiritus, das Alter zu 18 A hereingeschmuggelt und für 91 A verkauft. Die Behörden haben unzweifelhaft festgestellt, daß auch deutsche Offiziere dabei ihre Hände im Spiel haben.

Die Räumungsnote.

Paris, 2. Juli. (Havas.) Die Note der Entente auf das deutsche Geheiß um Verlängerung der Frist zur Räumung des Ruhrbeckens durch die Reichswehrtruppen wird im ablehnenden Sinne gehalten sein.

Ueberreichung zweier deutscher Denkschriften an die Friedenskonferenz.

Berlin, 1. Juli. Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat heute der Friedenskonferenz zwei amtliche Denkschriften überreicht. Die erste behandelt die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachungen. Die zweite legt im einzelnen dar, wie weit Deutschland schon heute seine Steuerquellen angespannt hat. In einer Begleitnote wird darauf hingewiesen, daß Deutschland heute wesentlich weniger wirtschaftliche Hilfsquellen zur Verfügung stehen als vor dem Kriege. Die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll Gegenstand mündlicher Besprechungen in Spanien sein. Gleichzeitig wurde ein von 22 hervorragenden im Wirtschaftsleben stehenden Männern unterzeichnetes Gutachten über die wirtschaftliche Gesamtlage in Deutschland, seine Leistungsfähigkeit und die Möglichkeit der Kräftigung übergeben.

Matmäßliches Wetter am Samstag und Sonntag.

Warm, vorwiegend trocken.

Nach der Schlußmeldung verantwortl. O. R. H. 1920. Druck und Verlag bei O. W. Keller'schen Buchdruckerei (Karl J. Keller) Magdeburg.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Magdeburg.

33

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöft des Hausmeisters und Unterküfers Johannes Gröbinger in Rohrdorf.

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182 bis 192 der Min.-Verfügung hierzu vom 11. Juli 1912 (RBl. S. 317 ff.) ergeben folgende Anordnungen:

A. Sperrbezirk: Rohrdorf.

B. Beobachtungsgebiet: Ebhausen und Walddorf.

C. In den Umkreis von 10 km um den Seuchenort werden einbezogen sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks mit Ausnahme von Beuren, Engstal, Etmannsweller, Fährbrunn und Simmersfeld

und folgende Gemeinden der Nachbaroberämter:

1. im Oberamt Calw: Hornberg, Martinsmoos, Neubulach, Oberhangstein und Zwerenberg;
2. im Oberamt Freudenstadt: Grömbach, Pfalzgrafenweiler und Wörnersberg;
3. im Oberamt Herrenberg: Mödingen, Ober- und Unterjettingen;
4. im Oberamt Horb: Baisingen, Göttingen, Gündringen, Hochdorf und Vollmaringen.

I. Besondere Maßregeln für den Sperrbezirk.

1. In dem versendeten Gehöft ist über die Ställe oder sonstigen Standorte, wo Klauenvieh steht, die Sperre verhängt, die abgeperrten Tiere dürfen nur mit oberamtlicher Erlaubnis aus dem Stall (Standort) entfernt werden. Weitere Vorschriften sind erlassen über die Verwendung der Pferde außerhalb des Gehöfts, die Verwahrung des Gesäugels, die Fernhaltung fremden Klauenviehs von dem Gehöft, das Weggeben von Milch, die Abfuhr von Dünger und Jauche, die Ausfuhr von Futter, Streu und Wolle, das jedwemalige Herausbringen von Fahrzeugen und Gerätschaften, namentlich Milchtransportgefäßen, die Entfernung von Kadavern u. a. Der Besitzer, sein Vertreter, die mit der Beaufsichtigung, Wartung und Pflege der Tiere betrauten Personen und Tierärzte müssen sich beim Verlassen eines gesperrten Stalls reinigen und desinfizieren. Anderen Personen ist das Betreten des gesperrten Stalles verboten. Zur Wartung des Klauenviehs in dem Gehöft dürfen Personen nicht verwendet werden, die mit fremdem Klauenvieh in Verbindung kommen.

2. Sämtliches Klauenvieh (Kindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine) nicht versendeter Gehöfte unterliegt der Absonderung im Stalle und darf nur mit oberamtlicher Erlaubnis zur sofortigen Schlachtung entfernt werden.

3. Sämtliche Hunde sind festzulegen.

4. Schlächtern, Viehkastrierern, sowie Händlern und anderen Personen, die gewerbsmäßig in Ställen verkehren, ferner Hausierhändlern ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Klauenvieh im Sperrbezirk und der Eintritt in die Seuchengehöfte verboten.

5. Dünger und Jauche von Klauenvieh, ferner Gerätschaften und Gegenstände aller Art, die mit solchem

Vieh in Berührung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrbezirk nur mit polizeilicher Erlaubnis ausgeführt werden.

6. Die Einfuhr von Klauenvieh in den Sperrbezirk, sowie das Durchtreiben von solchem Vieh und das Durchfahren mit Wiederkaüergespännen durch den Bezirk ist verboten. Ausnahmen für die Einfuhr kann das Oberamt zulassen.

7. Die Ver- und Entladung von Klauenvieh auf den Bahnhöfen im Sperrbezirk ist verboten.

8. Die Verküpfung und der Erwerb von Kuh- und Zuchtvieh jeder Art, sowohl für Händler wie für Viehhalter, ist verboten. Unter dieses Verbot fällt auch das Verkaufen und ins Futterstellen von Vieh bei anderen Viehhaltern und Händlern.

Den gewerbsmäßigen Viehhändlern ist die Ausübung ihres Gewerbes untersagt.

II. Besondere Maßregeln für das Beobachtungsgebiet, soweit es in den Oberamtsbezirk fällt.

1. Klauenvieh darf aus dem Beobachtungsgebiet nicht entfernt werden. Das Oberamt kann die Ausfuhr in der Regel nur zu sofortiger Schlachtung zulassen.
2. Das Durchtreiben von Klauenvieh und das Durchfahren mit Wiederkaüergespännen ist verboten.

III. Gemeinsame Maßregeln für Sperrbezirk, Beobachtungsgebiet und 10 km-Umkreis, soweit sie in den Oberamtsbezirk fallen.

- Verboten sind:
1. Die Abhaltung von Märkten und marktähnlichen Veranstaltungen mit Klauenvieh, sowie der Vertrieb von Klauenvieh auf Jahrs- und Wochenmärkte.
 2. Der Handel mit Klauenvieh, der ohne vorgängige Befreiung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet. Als Handel gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Ankaufen von Tieren durch Händler.
 3. Die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenvieh.
 4. Die Abhaltung von öffentlichen Tiersehauen mit Klauenvieh.
 5. Das Weggeben von nicht ausreichend erhitzter Milch aus Sammelwerkstätten an landwirtschaftliche Betriebe, in denen Klauenvieh gehalten wird, sowie die Verwertung solcher Milch in den eigenen Viehbeständen der Molkerer, soweit dies nicht schon ohnehin verboten ist, ferner die Entfernung der zur Anlieferung der Milch und zur Ablieferung der Milchrückstände benutzten Gefäße aus der Molkerer, bevor sie desinfiziert sind.
- Als ausreichende Erhitzung der Milch ist anzusehen:
- a) Erhitzung über offenem Feuer bis zum wiederholten Aufkochen;
 - b) Erhitzung durch unmittelbar oder mittelbar einwirkenden strömenden Wasserdampf auf 85°;
 - c) Erhitzung im Wasserbad, und zwar entweder auf 85° für die Dauer einer Minute

oder, unter der Voraussetzung, daß durch geeignete Vorrichtungen eine gleichmäßige Erwärmung der gesamten Milchmenge oder Milchrückstände gewährleistet ist, auf 70° für die Dauer einer halben Stunde.

Die Desinfektion der Milchgefäße kann mit strömendem Wasserdampf oder durch Auskochen in Wasser oder 3-prozentiger Soda- oder Seifenlösung oder auf eine der folgenden Arten geschehen: durch Einlegen der Gefäße in kochend heißes Wasser oder kochend heiße Sodabildung oder dünne Kalkmilch für die Dauer von mindestens 2 Minuten derart, daß alle Teile der Gefäße von der Flüssigkeit bedeckt sind; oder durch gründliches Abwischen der Außen- und Innenfläche der Gefäße nebst Griffen, Deckeln und anderen Verschlußvorrichtungen mit kochend heißem Wasser oder kochend heißer Sodabildung oder dünner Kalkmilch.

Jeder weitere Ausbruch oder Verdacht der Seuche ist der Ortspolizeibehörde sofort nach dem Auftreten der ersten Krankheitserscheinungen anzuzeigen. Verletzungen der Anzeigepflicht oder der vorstehend angeordneten Schutzmaßregeln unterliegen den Strafbestimmungen des § 328 StGB. und der §§ 74-77 des Viehseuchengesetzes und ziehen den Verlust des Entschädigungsanspruchs für Kindvieh nach sich.

Magdeburg, den 1. Juli 1920.

Die Ortspolizeibehörden

werden ersucht, die für ihre Gemeindebezirke zutreffenden Maßregeln in ortsüblicher Weise bekannt machen und die Einhaltung streng überwachen zu lassen. An den Haupteingängen des Sperrbezirks und des Beobachtungsgebiets sind Tafeln mit der durch § 185 Abs. 2 bezw. § 180 Abs. 2 vorgeschriebenen Aufschrift leicht sichtbar anzubringen.

Magdeburg, den 1. Juli 1920. Oberamt: Magdeburg.

Die Abhaltung der Krämer- und Viehmärkte am 6. und 8. Juli ds. Js. in Oberjettingen, Unterjettingen und Entingen, sowie des Viehmarktes am 19. Juli d. Js. in Herrenberg ist vom Oberamt Herrenberg aus landespolizeilichen Gründen verboten worden.

Magdeburg, den 1. Juli 1920. Oberamt: Magdeburg.

Der am 6. Juli ds. Js. fällige Schweinemarkt in Bernack wird hiermit aus landespolizeilichen Gründen verboten.

Magdeburg, den 1. Juli 1920. Oberamt: Magdeburg.

Die Maul- und Klauenseuche ist in Mühlen und Entingen O. A. Horb ausgebrochen.

Magdeburg, den 1. Juli 1920. Oberamt: Magdeburg.

Betreff. Gefrierfleisch.

Das von den Gemeinden des Bezirks bestellte Gefrierfleisch ist eingetroffen und wird von den Regierern auf die fleischverordnungsrechtliche Bevölkerung zum Preis von 9.30 das Pfund abgegeben.

Magdeburg, den 1. Juli 1920. Oberamt: Magdeburg.

Die Regierung des Schwarzwaldbereichs hat am 30. Juni 1920 die Wiederwahl des Schultheißen Johann Georg Rübler in Etmannsweller zum Ortsvorsteher der Gemeinde Etmannsweller bestätigt.

Magdeburg, den 1. Juli 1920. Oberamt: Magdeburg.

Verfügung des Arbeitsministeriums betr. die Abteilung für Notstandsarbeiten und die Ueberteuerungsansprüche zu solchen.

Vom 30. Juni 1920.

Die Abteilung für Notstandsarbeiten wird mit Wirkung vom 1. Juni 1920 ab aufgelöst. Die Prüfung der Abrechnungen für die Unternehmen, die mit Ueberteuerungsansprüchen bedacht sind, und die Anweisungen zur Ausbezahlung dieser Zuschüsse erfolgen von diesem Zeitpunkt ab durch das Arbeitsministerium selbst. An dieses sind alle Anträge und Gesuche zu richten.

II.

Die Verfügung des Arbeitsministeriums (Staatskommissars für Demobilisation) vom 25. Februar 1919 betr. Ueberteuerungsansprüche (Staatsanzeiger Nr. 48) und alle dieselbe erweiternden oder ergänzenden Verfügungen des Arbeitsministeriums treten vom 1. Juli 1920 ab außer Wirkung. Die in denselben aufgestellten Grundsätze für die Gewährung von Ueberteuerungsansprüchen finden jedoch auch nach dem 1. Juli 1920 bei den Abrechnungen und Zahlungsanweisungen Anwendung.

III.

Für alle Unternehmen, denen Ueberteuerungsansprüche bis 30. Juni 1920 gemeldet bzw. ausgesetzt, die aber bis zu diesem Tag noch nicht fertiggestellt sind, ist sofort festzustellen, welches der Stand des Unternehmens am 30. Juni 1920 war, und welche Kosten bis dahin tatsächlich erwachsen sind. Das Arbeitsministerium behält sich vor, diese Feststellung durch seine Kontrollbeamten an Ort und Stelle nachprüfen zu lassen.

IV.

Bis 10. Juli 1920 ist von allen öffentlichen Körperschaften, die Zuschußberechtigten Unternehmen ausführen, dem Arbeitsministerium bei Vermeidung fernerer Nichtberücksichtigung kurz anzuzeigen, welche Unternehmen am 30. Juni 1920 noch nicht abgeschlossen sind und bis wann ihre Fertigstellung in Aussicht zu nehmen ist.

V.

Allen öffentlichen Körperschaften, die Anzeige gemäß §. IV oben erstatten, wird entsprechend einer vom Reichsfinanzministerium - Notstandsarbeiten erfolgten Anordnung Weisung des Arbeitsministeriums über Weiterbehandlung ausgeben. Grundsätzlich hat das Reichsfinanzministerium ausgesprochen, daß für die nach dem 30. Juni 1920 auszuführenden Arbeiten eines Unternehmens für welches Ueberteuerungsansprüche bis 30. Juni 1920 bewilligt wurden, die Förderung auf dem Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge einzutreten habe.

VI.

Die Oberämter werden um alsbaldige geeignete Befandgabe dieser Verfügung ersucht.

Für den Arbeitsminister:
Red.

37

Stadtpflege Nagold.

Hunde = Abgabe betr.

Die Hef. Hundebesitzer werden hiermit aufgefordert, die rückwirkend vom 1. April 1920 an im 18 Mk. bezw. für einen 2. Hund um 32 Mk. erhöhte Hundesteuer für das Jahr 1920/21 innerhalb 14 Tagen (an den Kassen Tagen Mittwoch und Samstag) unter Vorlage ihres Hundesteuerzettels an die Stadtpflege zu entrichten.

Emmingen.

Schafweide = Verpachtung.

Die Gemeinde-Schafweide die noch mit 200 Stück besetzt werden darf, wird am

Mittwoch den 7. ds. Mts.

nachmittags 8 Uhr auf dem Rathaus hier verpachtet, wozu Viehhaber, auswärtige mit Verdingenszeugnissen, eingeladen werden.



Gemeinderat.

Die Bezugscheine für Notstands-Waren können am Freitag abgeholt werden.

Gleichzeitig werden noch weitere Bezugscheine auf Herrenzüge zu 4227.-, 185.-, 125.-, Burzchenanzüge zu 4 93.-, Kinderanzüge zu 4 44.-, Männerbekleidungsstoff zu 4 44.-, per Reiter und Unterhosen zu 4 7.80 abgegeben.

Nagold, 1. Juli 1920. Städt. Nahrungsmittelamt.

Verkauf Samstag-Nachmittag, den 3. Juli eine hochträgliche, schöne

Kalbin auch zum Fahren geeignet.

Mönch, im Gäble Effringen.

Vorschriftsmäßige Postscheck-Briefhüllen mit Aufsatz liefert die Buchdruckerei von G. W. Zaiser, Nagold.

Bei der heutigen Beerenrente und dem Mangel an Zucker empfehle ich zur Bereitung eines guten Hausbrunns die Vermischung von



Breisgauer Kunstmostranfag mit Süßholz.

Das Verhältnis im allgemeinen ist: 1/2 Saft mit 1/2 aus Breisgauer Kunstmostranfag bestehendem Getränk, richtet sich jedoch nach dem Geschmack des Konsumenten. Niederlagen durch Plakate empfohlen. Eduard Palm Freiburg i. B.

Breisgauer Mostranfag

vertrieben bei G. Eberhardt Wiltberg.

Nagold.

Wegen Vornahme der jährlichen Hauptreinigung sind unsere Geschäftsräume am

Samstag d. 3. Juli d. J. geschlossen
Oberamtspflege . . . Oberamtsparkasse.

Heberberg.

Das 2981

Sammeln von Beeren

jeder Art ist in den hiesigen Gemeinde- und Privatwäldungen für Auswärtige bei Strafe verboten.

Den 28. Juni 1920.

Gemeinderat.

Altensteig-Dorf.

Das 45

Sammeln von Beeren

jeder Art ist in den hiesigen Gemeinde- und Privatwäldungen für Auswärtige bei Strafe verboten; ebenso das Betreten der Kulturen.

Den 1. Juli 1920.

Gemeinderat.

Geflügel- u. Kaninchenzüchter-Verein Nagold.

Am Sonntag, 4. Juli, mittags 2 Uhr



Bersammlung

im Gasthaus „Bären“ mit Vortrag.

Der Ausschuss.

Vom Samstag den 3. ds.

Mts. an steht wieder ein großer Transport rheinisch-belgischer



Fohlen,

sowie ein Transport Arbeitspferde in unseren Stallungen, wozu wir Liebhaber höflichst einladen.

Pressburger & Co.,

Pferdehandlung, Rexingen :-: Tel. Horb 18.

Gaugentwald.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe am Samstag, 3. Juli mittags 1 Uhr

1 Pferd



unter 2 die Wahl,

1 8jähr. Rappstute

(gedeckt) schwerer Normmutter oder

1 9jähr. Braunwallach

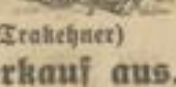
(Rappstute) unter jeder gewöhnlichen Garantie.

Georg Rupp.

Oberjettingen.

Siehe mein 13 Wochen altes

Sangfohlen



(Stute Trakehner) dem Verkauf aus.

Verkaufe einen sehr gut erhaltenen

Britischen wagen mit Vordach, Federn und Patentachsen, circa 25 bis 30 Ztr. Tragkraft.

Jakob Rillinger, Halterbach.

Die am 22. Februar 1909 erfolgte Entmündigung des Bauern Gottlob Gadenheimer von Güttingen ist durch Gerichtsbeschluss vom 26. v. M. wieder aufgehoben.

Nagold, den 26. Juni 1920. Berichtschreiber des Amtsgerichts Nagold: Haug.

Stadtgemeinde Nagold.

Wegsperrre.

Der obere Teil des Steinbruchsträßchens zwischen Abteilung Stadtdächer und Hinteres Wäse ist wegen Verbesserungsarbeiten bis auf Weiteres gesperrt.

Städt. Forstverwaltung.

Kotselfden.

Trauer-Feier.

Am Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 2 Uhr findet für unsere im Jahr 1916 verstorbenen Söhne

Fritz Braun
Gottlob Stodinger

eine Trauerfeier statt.

Joh. Braun, Steinhauer
Gottl. Stodinger, Schultheiß.

Landwirte Viehbesitzer

Achtung!

Schutz

gegen Maul- u. Klauenseuche

bietet das

Vorbeugungs- u. Desinfektionsmittel „Eskarl“.

Das Mittel hat sich bei den angestellten Versuchen glänzend bewährt und ist von hohem volkswirtschaftlichem Wert.

General-Vertrieb

Württemberg, Baden und Hohenzollern.

W. Laib & Co.

Telegraphenadresse: Laibvertrieb. Betriebsgesellschaft m. b. H. Telefon 1123. Stuttgart-Sofienstr. 3a.

F. C. N.



Samstag, 3. 7. 20 nachm. Eisberg; abds. 8 1/2 Uhr Monatsversammlung

im Klublokal „Schwanen“. Willst. Erscheinen dringend notwendig.

Der Ausschuss.

Nagold. Schönen, dunklen 46

Anzug

für 17-18jährigen Mann, hat im Auftrag zu verkaufen. Wilh. Gähler, Schneidermeister.

Obernauer Mineral-Heilquelle

Löwensprudel

ärztlich bestens empfohlen. Bei Abnahme von 25 Stück Preisermäßigung.

Niederlage bei Kurlenbaur z. Löwen Tel. 91 und Adolf Morlock Limonadengeschäft. 24

Echhanfen. 5 St. junge 26

Fachs-Hunde

vorzügl. Abstammung, hat abgegeben. Jagdy. Kessler.

Kurse am 1. Juli 1920

mitgeteilt durch die

Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H. in Nagold.

Zuländische Staatspapiere.	3 1/2 % dergl.	90.-
3/4 Deutsche Reichsanl.	4 % Frankf. Hypoth.-Kreditver.	98.75
1.-9. Reigsonl.	4 % Rheininger Hypoth.	100.25
4 1/2 % dgl. v. 1918 unk. 1925	4 % Rhein. Hypoth. Bk.	108.50
3 1/2 % dergl.	4 % Württ. Hypoth. Bk.	102.25
3/4 I. Dtsch. Schatzanw.	3 1/2 % dergl. kdb. A-D	95.75
4 % Bad. Anleihe	u. K-N	91.-
3 1/2 % kdb. ab 1905	3 1/2 % dergl. kdb. ab 1912, 1915	91.-
4 % Württemberg. 1921 u. 1922	4 % Württ. Kreditverein	105.50
3 1/2 % dergl. 1885/6	Obligationen.	
3 1/2 % dergl. u. 1881/85	4 % Stadt Frankfurt a. M.	103.-
Lit. L-O	4 % Stuttg. Stadt v. 1919	93.-
3 1/2 % dergl. von 1900	Stetten.	
(1903 ff.)	Darmstädter Bank	154.-
3 % dergl. von 1890	Deutsche Bank	270.25
Pfandbriefe.	Disconto-Gesellschaft	204.-
4 % Frankf. Hypoth. Bank	Preuss. Bank	172.50
	Bad. Anl.-u. Bodensch. Bk.	457.-
	Dalmier Notaren	201.50

